

Schwarzwälder Tageszeitung

„Aus den Tannen“

Wägem. Anzeiger für die Bezirke Nagold, Calw u. Freudenstadt — Amtsblatt für den Bezirk Nagold u. Altensteig-Stadt

Abz. teleph. erteilte Aufträge übernehmen wir keine Gewähr. Kabell. nach Tarif, der jedoch bei geschl. Entz. od. Konturgen hinällig wird. Verfallsdatum: Altensteig, Gerichtsstand Nagold. Einzelnenpreis: Die einseitige Seite oder deren Raum 10 Pf. bis 25 Pf. bis 40 Pf. bis 45 Pf. Bezugspreis: Monatl. durch Post 1.50 M., durch Agent. 1.40 M., die Einzelnummer kostet 10 Pf. Bei Nichterscheinen der Zeitung infolge hoh. Gewalt od. Betriebsstörung besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung / Postfach-Nr. 5788 / Telegr.-Adr.: „Tannenblatt“ / Telef. 11

Nummer 140

Altensteig, Samstag den 18. Juni 1932

55. Jahrgang

Die große Aussprache in Lausanne

Eine wichtige Fünfmächte-Erklärung - Rede des Reichskanzlers - Herriots Vorbehalte und Forderungen England zur Streichung bereit

Lausanne, 17. Juni. Die Freitag-Sitzung der Konferenz begann nicht wie erwartet, als eine vertrauliche, sondern als öffentliche. Der Vorsitzende MacDonald verlas zunächst eine Erklärung der Vertreter Großbritanniens, Frankreichs, Italiens, Belgiens und Japans.

Fünfmächte-Erklärung

lautet: Tief durchdrungen von der wachsenden Schwere der wirtschaftlichen und finanziellen Gefahren, die die Welt bedrohen, und von der Dringlichkeit des Problems, das der Konferenz von Lausanne zu prüfen aufgegeben ist, fest überzeugt davon, daß dieses Problem eine endgültige und präzisere Lösung erfordert, die auf die Besserung der Verhältnisse in Europa hinwirkt und daß diese Lösung ohne Verzögerung und ohne Unterbrechung gesucht werden muß, um im Rahmen eines Weltabkommens verwirklicht zu werden, und im Hinblick darauf, daß gewisse Reparations- und Kriegsschuldenszahlungen am kommenden 1. Juli fällig werden, sind die unterzeichneten Regierungen der Ansicht, daß ohne Präjudiz für Lösungen, die späterhin gefunden werden können, zwecks ununterbrochener Fortsetzung der Konferenzarbeit die Auszahlung der Zahlungen, die den an der Konferenz teilnehmenden Regierungen als Reparations- oder Kriegsschulden aufleben, für die Dauer der Konferenz ausgesetzt werden soll, während die Konferenz nach dem Willen der unterzeichneten Regierungen ihre Arbeit in kürzest möglicher Frist vollenden sollte.

Es besteht Einverständnis darüber, daß der Dienst der auf dem Markt befindlichen Anteile von diesem Beschluß nicht betroffen wird. Die unterzeichneten Regierungen erklären, daß sie zu ihrem Teil bereit sind, entsprechend dieser Vereinbarung zu handeln und die üblichen Gläubigerreparaturen, die an der Konferenz teilnehmen, einladen, die gleiche Haltung einzunehmen.

Auf die von MacDonald verlesene Erklärung erwiderte

Reichskanzler von Papen

mit folgenden Worten:
Ich habe von der Erklärung, die der Herr Präsident soeben verlesen hat, mit größtem Interesse Kenntnis genommen und weiß die Absicht, der sie nach ihrem Wortlaut (und den erläuternden Bemerkungen des Herrn Präsidenten) entsprechen ist, voll zu würdigen. Ich begrüße diese Erklärung als den ersten sichtbaren Beweis des festen Willens der beteiligten Staaten, die Arbeiten der Konferenz zu erleichtern und diejenigen unauflösbaren und endgültigen Entschlüsse, die die heutige Lage fordert, zu fassen. Ich kann nur wünschen, daß die Erklärung von den Willern, die wir hier vertreten, ja von der gesamten Weltöffentlichkeit in dem gleichen Sinne verstanden wird. Es wäre verhängnisvoll, wenn diese Hoffnung enttäuscht würde.

Reichskanzler von Papen ging kurz auf die gestrichen Ausführungen MacDonalds ein, um festzustellen, daß es sich nicht um ein juristisches Problem handle, da die Haager Abkommen rechtsgültig unterzeichnet seien und von niemandem abgelehnt würden. Es handelt sich vielmehr um die heute vorliegenden Tatsachen, aus denen die notwendigen Folgerungen zu ziehen seien. Im weiteren Verlauf seiner Ausführungen gab der Reichskanzler ein rosenrotes Bild der Weltwirtschaftslage, wobei er zeigte, wie die Weltwirtschaft seit der Schaffung des Youngplans im Jahre 1929 sich gewandelt hat und auch Optimismus in Pessimismus und Verzweiflung übergegangen ist. Die Arbeitslosigkeit, die Einstellung von Zahlungen einzelner Staaten nach dem Ausland, das Absterben des Kapitals und Kreditverkehrs, die Gewichtsoverschiebung der Schulden infolge der Steigerung des Geldwertes und des Fallens der Warenpreise — alle diese Erscheinungen zeigten, daß eine Neuordnung der Schuldverhältnisse unvermeidlich wird.

Im weiteren entwickelte der Reichskanzler den Zusammenhang zwischen politischer Verschuldung, Geldverteilung und Gütertausch. Er zeigte den Zusammenhang zwischen Handelsbilanz und Goldverteilung, gab ein Bild der letzten Kreditkriege, die die Weltkriege des Gütertausches überdeckte und betonte, daß in wirtschaftswidrigen Zahlungen die Hauptursache liege.

Im zweiten Teil seiner Darlegungen behandelte der Reichskanzler besonders die Lage in Deutschland. Er wies darauf hin, daß der Beratende Sonderauschuss bereits im vorigen Dezember die damalige Steuerbelastung Deutschlands als das Maximum bezeichnet habe, daß man aber trotzdem jetzt noch neue Steuern habe aufstreiben müssen, um den Betrieb des Staates überhaupt aufrechtzuerhalten. Arbeitslosigkeit, Hoffungslosigkeit, Kapitalflucht und Schrumpfung des Devisenaufkommens, das immer weniger den Zinsen- und Tilgungsdienst auch nur für die private Auslandverschuldung aufbringen kann, seien Symptome dieser Entwicklung.

Zu den Einzelheiten des Reparationsproblems übergehend, wies der Reichskanzler darauf hin, daß man die Atempause nicht genutzt habe, die Präsident Hoover vor einem Jahr mit seinem

Plane bezweckte, daß ebenjowenig die verschiedenen Empfehlungen der Sachverständigen berücksichtigt worden seien. Die deutsche Auslandverschuldung beruhe zum großen Teil auf der Disparität infolge der Reparationsleistungen: mehr als 10 von den 18 Milliarden Auslandsanleihen seit der Stabilisierung Deutschlands seien durch die Verzinsungen für Reparationszwecke wieder ins Ausland zurückgeflossen. Besonders unterstrich der Reichskanzler dabei, daß man die deutschen Leistungen nicht nach dem Empfangswert, sondern nach dem wirklichen Wert berechnen müsse, den sie für den Leistenden gehabt hätten. Darin, d. h. in der Tatsache, daß die unwirtschaftliche Verwendung der für den Leistenden kostspieligen Vergaben gewaltige Zahlungsdifferenzen schaffe, liege überhaupt die Problematik des ganzen Reparationsystems. Eine Berechnung nach ihrem wirklichen Wert bringe die Reparationsleistungen auf unvorstellbar hohe Zahlen.

Der Reichskanzler widerlegte dann die Auffassung, als würde eine Verteilung Deutschlands von seinen Schulden seine Konkurrenzfähigkeit übermäßig gestalten. Die Inflation habe die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft geschwächt und nicht gestärkt allein schon durch die abnorm hohen Zinsen. Der Staatsbankrott mit seinen hohen sozialen Auswirkungen sei bedingt durch die Notwendigkeit, nötige Verleumdung und politische Gefahren zu vermeiden.

Zum Schluß kennzeichnete der Reichskanzler die bisherige Geschichte der Reparationen als eine Reihe von Experimenten, bei denen jedesmal ein Maximum an Verlusten Deutschlands anerkannt worden sei. Die Rückwirkungen dieses Verfahrens seien jetzt handgreiflich geworden.

Die Reparationsleistungen haben sich als unmöglich und als schädlich erwiesen und die Erfahrungen schließen die Möglichkeit neuer Experimente jeder Art aus, die den gleichen Mißerfolg haben müßten. Die Besserung ist von einer Entlastung der Weltwirtschaft, von solchen Störungen durch wirtschaftswidrige politische Zahlungen abhängig. Die Reparationen, die ursprünglich für den Wiederaufbau der zerstörten Gebiete bestimmt waren, bauen nicht auf, sondern zerstören ihrerseits. Es handelt sich um eine Arbeit, die den Blick auf die Zukunft richtet. Die Zeit der kleinen Mittel, der Klempnerei, der Vertuschungen ist endgültig vorüber. Es muß ganze Arbeit geleistet werden.

Der Kanzler schloß mit dem Ausdruck der Erwartung, daß diese Konferenz aus dem verhängnisvollen Kreislauf der Verzögerungen endgültig herauskomme und den Weg zur positiven Zusammenarbeit freimache, die uns allein einer besseren Zukunft entgegenführen könne.

Dann ergriß

der französische Ministerpräsident Herriot

das Wort. Er erklärte, er sei mit größtem Interesse den Darlegungen des Reichskanzlers gefolgt und könne feststellen, daß die französische Delegation, wenn sie auch die eng umschriebene Aufgabe habe, die ihr anvertrauten Interessen zu verteidigen, doch nicht gleichgültig gegenüber den Schwierigkeiten anderer Mächte sein könne. Er habe dem deutschen Volk selbst zu verstehen zu geben, daß er für das allgemeine Wohl und für den gemeinsamen Frieden arbeite. Der Kaiserliche Bericht, so fuhr Herriot fort, ist die Grundlage und die Richtschnur der Konferenzarbeiten. Wir nehmen also vorbehaltlos seine ersten Schlusfolgerungen an, wonach die gegenwärtige Wirtschaftskrise in ihrem Umfang keine verhältnismäßig kurze Depression überschreitet, mit der der Youngplan gerechnet hat. Wir nehmen auch die Feststellung an, daß die finanziellen Schwierigkeiten Deutschlands in erheblichem Maße der Grund der Kreditkrisen sind, die in der Welt herrscht, und daß sie eine gemeinsame Aktion nötig macht, die nur die Regierungen unternehmen können. Wir freuen uns, daß die Lausanner Konferenz schon den unbestreitbaren Grund anerkennt, wonach eine europäische Regelung nur im Rahmen einer Weltregelung durchgeführt werden kann.

Herriot meinte aber, daß nach den Gesetzen der Geschichte jede Depressionsperiode von einer Blüteperiode abgelöst (1) werde. Man könne also nicht einer Dauerregelung eine Periode ausnahmsweiser Blüte oder ausnahmsweiser Depression zuordnen. Die Anwendung des Hoovermoratoriums für ein einzelnes Jahr habe dem französischen Budget ein Defizit von ungefähr 1800 Millionen Franken gebracht, das mit harten Maßnahmen ausgeglichen werden müsse. Die Belastung der deutschen Eisenbahnen sei mit 600 Millionen Mark nicht übertrieben (1) Wenn die Reparationslasten in Zukunft wegfiele, so würde die Kapitalflucht der deutschen Eisenbahnen auf etwa 10 Milliarden Franken zurückgehen, während die französischen 65 und die englischen 100 Milliarden Franken betragen hätten. Eine solche Senkung würde den deutschen Eisenbahnen wesentliche Tarifermäßigungen gestatten, die den Exportpreis für gewisse Schwermetalle um 15 bis 25 Prozent verbilligen würden.

Eine Annulierung würde Frankreich ungerechte Opfer auferlegen. Das Problem der Reparationen sei nicht nur ein deutsch-französisches, sondern werde für zahlreiche Länder Konsequenzen

nach sich ziehen. Das Reparationsproblem rolle also das gesamte europäische Wirtschaftsproblem auf; auch Deutschland könne nach den Worten der Kaiserlichen Experten einer Krise rund um sein Gebiet nicht widerstehen. Es bedürfe also der Wiederherstellung von ganz Europa.

Es sei ein Irrtum, anzunehmen, daß eine noch so radikale Verteilung der Reparationen die Wiederherstellung des Gleichgewichts zur Folge hätte. Dazu bedürfe es einer Verbesserung der Sicherheit, ein Grundgesetz, den er besonders hervorhebe, „Es gibt“, so legte Herriot weiter dar, „keinen politischen Frieden ohne einen wirtschaftlichen, aber auch keinen wirtschaftlichen ohne einen politischen. Das muß der Leitstern unserer Arbeiten sein“. Aus diesen Gründen müsse das System der abgeschlossenen Wirtschaftszonen geändert werden; denn eine Abkühlung der Beziehungen erzeuge viel sicherer das gefürchtete Ziel als Gewaltmaßnahmen.

Der britische Schatzkanzler Neville Chamberlain

bestärkte es als ein allseitiges Vorzeichen, daß es am ersten Tag der Konferenz den fünf einladenden Gläubigerstaaten möglich gewesen sei, ein Dokument von höchster Bedeutung zu unterzeichnen. Es sei klar, daß Verhältnisse entstanden seien, die es für Deutschland unmöglich machten, im nächsten Monat die dann fällig werdenden Zahlungen wieder aufzunehmen. Die britische Regierung habe in dieser Beziehung sehr feste und entschiedene Ansichten, über die es zwischen Opposition und Regierung im britischen Parlament keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Dennoch habe die Erfahrung gelehrt, daß Zahlungen aus solchen großen zwischenstaatlichen Verpflichtungen ohne die entsprechenden Gegenleistungen in Waren oder Dienstleistungen nicht ohne verhängnisvolle Folgerungen für das ganze wirtschaftliche Leben und die Zivilisation möglich seien. Chamberlain hob hervor, daß die englische Regierung sich in einer besseren Lage als Gläubiger nicht nur Deutschlands, sondern auch anderer europäischer Völker befinde. Es sei kein leichtes Unternehmen, so meinte Chamberlain, den Anspruch für die großen Summen aufzugeben, die nur durch radikale Maßnahmen das Vertrauen wiederhergestellt werden könne, daß es bereit sei, seinen Anteil an einer allgemeinen Auflösung der Schulden zu tragen, vorausgesetzt, daß alle anderen Regierungen das gleiche tun.

Zum Schluß unterstrich Chamberlain außerordentlich nachdrücklich die Notwendigkeit, zu schnellen Entscheidungen zu gelangen, und erklärte: Die britische Regierung kann sich nicht zufrieden geben, bevor nicht ohne überflüssige Auseinandersetzungen wenigstens die Grundlagen einer dauernden Regelung gelegt worden sind. Zu diesem Zweck ist sie ernstlich gewillt, ihren Beitrag gemeinsam mit allen anderen Konferenzparteien zu leisten und ungeachtet der Kosten, unter denen das von ihr vertretene Volk schon heute leidet, wird sie nicht zögern, weitere Opfer in Bezug auf ihren rechtlichen Anspruch zu bringen, wenn dadurch die gemeinsame Sache gefördert werden kann.

Sobann sprach in Vertretung des italienischen Außenministers Grandi der

italienische Finanzminister Mosconi.

Zu Beginn seiner Ausführungen sprach er seine Befriedigung darüber aus, daß durch die Unterbrechung der Schuldenszahlungen während der Konferenzdauer eine wesentliche Verbesserung der Atmosphäre erzielt worden sei. Um aber jetzt etwas zu erreichen, müsse man im Geiste der Gerechtigkeit und der Gleichberechtigung arbeiten. Bestimmte Vorschläge brachte er nicht an. Er betonte jedoch, daß man sich beeilen müsse, denn die Wirtschaftskrise, die überall wüte, mache rapide Fortschritte und beeinträchtige in steigendem Maße das friedliche Leben der Nationen. Der Standpunkt der italienischen Regierung sei nach wie vor, sich allen Maßnahmen anzuschließen, die dazu dienen sollen, eine Besserung der Wirtschaftslage herbeizuführen. Insbesondere danke die italienische Regierung dem englischen Ministerpräsidenten für sein energisches Auftreten. Am Schluß seiner Rede erklärte Mosconi, daß Italien gleichfalls von dem Wunsch befeuert sei, hier in Lausanne entscheidende Beschlüsse zu erreichen.

Die Nachmittagsitzung in Lausanne

Lausanne, 17. Juni. Die Nachmittagsitzung der Konferenz dauerte wenig über eine Stunde. Trotzdem bot sie nicht weniger als sieben Redner Gelegenheit, den Standpunkt ihrer Regierungen darzulegen. Es waren das Yoshida-Japan, Kentin-Belgien, der Außenminister Australiens, der Finanzminister Portugals, Marinowitsch-Jugoslawien, der Finanzminister Rumäniens und Nikolapoulos-Griechenland. Die Konferenz wurde auf Dienstag vertagt. Montag findet eine Sitzung der sechs einladenden Mächte statt, während der Samstag Einzelbesprechungen gewidmet ist.

Mussolini und die Tributfrage

London, 17. Juni. Mussolini betonte einem Vertreter des „Daily Express“ gegenüber, daß alle Völker, des Geredes satt, Taten sehen wollten. Die Zeit der Reparationen sei zu Ende. Wenn Deutschland nein sage, werde auch Italien nein sagen.

Der Reichskanzler vor der internationalen Presse Lausanne, 17. Juni. Die internationale Presse in Lausanne wurde heute abend bei der deutschen Delegation empfangen. Reichskanzler von Papen führte aus, daß der erste Tag insbe-



sondere zur Herstellung eines engen, persönlichen Kontaktes mit Herriot und Madonald gedient habe. Er habe eine plastische Schilderung der deutschen Lage gegeben, weil die intime Kenntnis der Verhältnisse zur Urteilsbildung nötig sei und er habe Loyalität und gegenseitiges Verständnis gefunden. Mit besonderer Freude habe er aus der Rede Madonalds entnommen, daß bei ihm der feste Wille bestehe, die Konferenz zum Erfolge zu führen. Er habe seinerseits großes Gewicht darauf gelegt, nicht juristische Probleme aufzuwerfen, sondern ein klares Bild der Lage zu geben, die nicht andauern könne. Ferner habe er auseinandergesetzt, weshalb und warum die neue Regierung in Deutschland habe gebildet werden müssen; zur Zusammenfassung aller aufbaumittigen Kräfte, um das arme, gequälte deutsche Volk über die Krise hinwegzuführen. Er sei überzeugt, daß dies nur dann gelinge, wenn in Lausanne ein Erfolg erzielt werde. Nach den Reden Herriots und Madonalds sei er der Ansicht, daß der beste Wille auf allen Seiten bestehe.

Kesselreiben der französischen nationalsozialistischen Presse gegen Lausanne

Paris, 17. Juni. In der nationalsozialistischen französischen Presse beginnt bereits eine Art Kesselreiben gegen die kaum eröffnete Lausanner Konferenz. Das dürfte in gewissem Sinne als Zeichen dafür aufzufassen sein, daß die Beratungen zu einem wirtschaftlichen Ausgleich in Europa führen werden. Nachdem der nationalsozialistische „Ordre“ Herriot als Gefangenen Madonalds bezeichnet hat, erhebt heute auch das „Journal des Debats“ seine Stimme, um Anleerung auszusprechen. Deutschland leide bereits am Horizont den Tag, an dem es offiziell erklären kann, nichts mehr schuldig zu sein, nachdem es seit langem nichts mehr bezahlt habe. Die endgültige Regelung, das Leitmotiv der Briand'schen Politik, gewinne so ihre volle Bedeutung. Mit dem Youngplan und der Rheinlandräumung habe es angefangen. Die Rheinlandräumung habe als unmittelbares Besprechen Frankreichs für den Youngplan gegolten und sei durchgeführt worden und jetzt bekomme die sogenannte endgültige Regelung einen anderen Sinn. Madonald erteile zu alledem seinen Segen.

Rundfunkrede des Reichsinnenministers

Berlin, 17. Juni. Im Rundfunk führte Reichsinnenminister Freiherr v. Gaus a. a. aus: Ich werde über die neue Verordnung des Herrn Reichspräsidenten gegen politische Kämpfe in Deutschland sprechen. Die bisher geltenden zahlreichen Verordnungen haben sich vielfach einseitig gegen ganz bestimmte politische Gruppen und Verbände ausgewirkt. Ein sehr großer Teil unseres Volkes wurde dadurch in der Betätigung seines auf nationaler Gedankenwelt beruhenden politischen Willens behindert. Dieser Zustand ist mit Recht von Millionen Deutscher bitter empfunden worden. Die neue Reichsregierung will diesem Zustand ein Ende bereiten. Wir wollen, daß keine Partei in dem bevorstehenden Wahlkampf sich mehr behindert fühlen soll, als die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung es zwingend fordert.

Die Pressevorschriften, besonders über das Verbot von Zeitungen sind gemildert. Ein weiterer wichtiger Punkt ist die Neuordnung der Vorschriften über die politischen Verbände, deren Mitglieder in geschlossener Ordnung aufzutreten pflegen. Namentlich können auch die SS- und die SA-Verbände der nationalsozialistischen Bewegung wieder auflieben und sich — ebenso wie alle anderen mit ihr auf dem Boden der Verfassung und der Staatsordnung lebenden Organisationen — wieder betätigen. Diese Maßregel war ein Akt ausgleichender Gerechtigkeit. Verbote weisen die auf Grund des alten Republikanismus aufgelösten Organisationen der sich bemüht außerhalb der Staatsordnung Deutschlands stehenden kommunistischen Partei.

In der Öffentlichkeit sind starke Bedenken gegen diese Neuordnung, besonders gegen die Aufhebung des Uniformverbotes laut geworden. Auch bei einigen Länderregierungen bestehen ernste Bedenken, die die Reichsregierung sorgfältig erwogen hat. Der Herr Reichspräsident und die Reichsregierung stehen aber auf dem Standpunkt, den der Herr Reichspräsident in dem Brief an mich niedergelegt hat. Die Reichsregierung wird, wenn wider Erwarten Ruhe und Ordnung gestört werden, nicht zögern, unparteiisch und entschlossen die gewährten Freiheiten wieder einzuschränken. Ich richte als Innenminister an alle Deutsche die Bitte und die ernste Mahnung, auch im Wahlkampf die notwendige Abhaltung vor der Person des politischen Gegners niemals zu vergessen. Jeder, der im politischen Kampfe sich soweit vergibt, dem Gegner leichte oder schwere Körperverletzungen zuzufügen, wird mit der härtesten Strafen für Rohheitsdelikte bestraft. Schließlich wird lebhaft die Frage erörtert, ob die Landesregierungen hinfür das Recht haben, trotz der bestehenden Reichsverordnung Verbote aller Art zu erlassen. Die Rechtslage ist klar. Was in der Verordnung reichsrechtlich geregelt ist, ist zwingendes Reichsrecht und bricht nach altem Rechtslage bestehendes Landesrecht. In die Pflichten und Rechte der Länder, durch politische Maßnahmen Störungen der Ruhe und Ordnung vorzubeugen, will und darf die Verordnung nicht eingreifen. Was die Länder z. B. über Versammlungen unter freiem Himmel alauben anordnen zu müssen, bleibt ihr Recht. Solche Anordnungen kann der Reichsinnenminister nicht aufheben. Wer sich von ihnen beschwert fühlt, kann die nach Landesrecht gegebenen Rechtsmittel dagegen anwenden. Möge das deutsche Volk sich dessen bewußt bleiben, daß wiedererzehlenden Freiheiten die Pflicht gegenübersteht, alle politischen Auseinandersetzungen in ruhigen und sachlichen Formen zu führen.

Großer Krach im Bayerischen Landtag

Polizei führt nationalsozialistische Fraktion ab

München, 17. Juni. In der Plenarsitzung am Freitag, in der die Interpellation der Nationalsozialisten weiter beraten werden sollten, waren die Nationalsozialisten im braunen Hemd und mit den Falkenkreuzbinden erschienen. Als Präsident Stang dies als eine Störung des Hauses erklärte und auf Grund der Geschäftsordnung die Mitglieder der nationalsozialistischen Fraktion von der Sitzung auszuschließen ankündigte, bestieg der nationalsozialistische Schriftführer Esser das Rednerpult und rief: „Unserem Führer Adolf Hitler ein dreifaches Heil!“ Die Nationalsozialisten und zahlreiche Besucher der überfüllten Tribünen hobten die Hände und stimmten in die Rufe ein. Unter starkem Tumult rief Esser der Regierung ein „Wieder!“ zu. Darauf wurde von den Nationalsozialisten das Horst-Wessel-Lied gesungen. Der Präsident erklärte die Sitzung für unterbrochen. Nach einständiger Unterbrechung wurden die Sitzungen wieder aufgenommen. Präsident Stang erklärte, daß nach den Be-

stimmungen der Geschäftsordnung die sämtlichen nationalsozialistischen Abgeordneten auf die Dauer von acht Tagen automatisch ausgeschlossen seien. Die Erklärung verurteilte fürmliche lärmende Unterbrechungen von Seiten der Nationalsozialisten. Der nationalsozialistische Fraktionsführer Abg. Dr. Puttmann verlangte das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident erklärte aber, er habe kein Recht zur Geschäftsordnung zu sprechen, weil er aus der Sitzung ausgewiesen sei und forderte die Nationalsozialisten nochmals auf, den Saal zu verlassen, wobei erneuter Lärm und fürmliche Zurufe der Nationalsozialisten einfielen. Da sich der Präsident bei dem Lärm nicht mehr verständlich machen konnte, erklärte er die Sitzung neuerdings für unterbrochen. Die Nationalsozialisten blieben wiederum im Saal. Die meisten von ihnen hatten inzwischen die bürgerliche Kleidung angelegt. Kurze Zeit darauf erschienen Kriminalbeamte in Begleitung uniformierter Polizei im Sitzungssaal und forderten die nationalsozialistischen Abgeordneten auf, den Saal zu verlassen. Dr. Puttmann erklärte, daß die Nationalsozialisten nur der Gewalt weichen würden; sie riefen „Deutschland erwache!“, brachten Heilrufe auf Hitler aus und stimmten Lieder an. Hieraus wurde jeder einzelne der nationalsozialistischen Abgeordneten durch Kriminalbeamte aus dem Saal geleitet. Der nationalsozialistische Bizepräsident, der Koburger Bürgermeister Schwede, der nicht sofort der Aufforderung, mitzukommen, Folge leistete, wurde mit Gewalt aus dem Saal entfernt.

Das Uniformverbot

Bayerisches Uniformverbot bis 30. September

München, 17. Juni. Amtlich wird mitgeteilt: Die heutigen empfindenden Vorgänge im Landtag, die sich unmittelbar gegen den Fortbestand der verfassungsmäßigen Einrichtungen und das Verfassungsleben in Bayern richten, zwingen die Staatsregierung, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln die Aufrechterhaltung der Sicherheit und Ordnung im Lande zu gewährleisten. Sie hat sich deshalb entschlossen, auf Grund des Landespolizeirechtes das Tragen von Parteiformen bis zum 30. September d. J. für das ganze Land Bayern zu verbieten.

Klage der bayerischen Nationalsozialisten beim Staatsgerichtshof

München, 17. Juni. Die nationalsozialistische Fraktion im bayerischen Landtag hat wegen der heutigen Ausschließung der nationalsozialistischen Landtagsabgeordneten auf 20 Sitzungstage Klage beim bayerischen Staatsgerichtshof eingereicht.

Protest der NSDAP. beim Reichspräsidenten

München, 17. Juni. Die NSDAP. hat, wie die Parteikorrepondenz mitteilt, an den Reichspräsidenten und an den Reichsinnenminister folgende Telegramme gesandt: Die Reichsleitung der NSDAP. erhebt schärfsten Protest gegen die Verurteilung der bayerischen und bairischen Staatsregierungen, im Verordnungswege die in der politischen Notverordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 14. Juni 1932 erlassene Aufhebung des Uniformverbotes zu sabotieren. Die Partei erblickt, so wird weiter gesagt, in diesen Maßnahmen eine Fortsetzung jener Verfolgungskampagne, die verfassungswidrig sei und durch den Reichspräsidenten durch den Erlaß der letzten Notverordnung im Interesse des deutschen Volkes habe beendet werden sollen. Die Reichsleitung der NSDAP. fordert die sofortige reichsausschließliche Aufhebung dieser neuerlichen durch Bayern und Baden erlassenen Uniformverbote.

München, 17. Juni. Im „Völkischen Beobachter“ wird an erster Stelle ein Erlaß Adolf Hitlers veröffentlicht, in dem dieser die Neuerrichtung der SA. anordnet und mit der Durchführung den Chef des Stabes, Herrn Köhm, beauftragt. Auch die Gruppenführer der SA. werden vorläufig in ihren Dienststellen und Dienstbereichen wieder ernannt. Die SS. wird durch den Reichsführer H. Himmler neu aufgestellt. Die gesamten organisatorischen Anordnungen der früheren SA. gelten zunächst. Sie werden in Kürze neu erlassen. Die weiteren Ausführungsbestimmungen erläßt der Chef des Stabes. Nach dem Erlaß Hitlers werden Aufrufe an die SA., SS. und NSKK., sowie an die Hitlerjugend von den Führern dieser Organisationen veröffentlicht.

Ausweisung zweier Deutscher aus der Schweiz wegen nationalsozialistischer Betätigung

Bern, 17. Juni. Die Schweizerische Depeschagentur teilt u. a. mit: Die Bundesanwaltschaft hat eine Untersuchung über die Betätigung der NSDAP. in der Schweiz durchgeführt. Der Bundesrat hat beschlossen, die deutschen Staatsangehörigen Wilhelm Morstadt und Waldemar Schulz aus der Schweiz auszuweisen. Dem Landesvertrauensmann der NSDAP. in der Schweiz wird bekanntgegeben, daß das Tragen von nationalsozialistischen Brauhenden auf schweizerischem Gebiet verboten ist.

Präsident Böttcher †

Memel, 17. Juni. Der frühere Präsident des Memeldirektoriums, Otto Böttcher, ist im Alter von 59 Jahren gestorben.

Böttcher wurde im Juni 1931 als Nachfolger des Großlitauischen Landespräsidenten Keigys zum Präsidenten des Memeldirektoriums berufen. Mit der Berufung Böttchers wurden die monatlichen Verhandlungen auf Grund der Vereinbarungen zwischen Außenminister Dr. Curtius und Dr. Jaunius in Genf vom September 1930, die wegen des Memellandstreites geführt wurden, beendet. Im Februar 1932 wurde Böttcher vom Gouverneur Wertus im Zusammenhang mit seiner Reise nach Berlin gewaltsam abgesetzt. Böttcher sollte dann wegen angeblichen Landesverrats vor Gericht gestellt werden, doch lehnte die Staatsanwaltschaft des litauischen Militärgerichts dies ab. Im Februar 1932 legte schließlich Präsident Böttcher sein Amt nieder. Seine Absetzung durch den litauischen Gouverneur war, wie erinnerlich, der Ausgangspunkt eines Konfliktes, der zur Auflösung und Neuwahl des Memellandtags führte. Andererseits bildet sie den Gegenstand des zur Zeit im Haag schwebenden Rechtsstreites zwischen Litauen und den Signatarmächten der Memellandunion.

Neues vom Tage

Politische Ausschreitungen und Zusammenstöße

Berlin, 18. Juni. Am gestrigen Tage gab es im Reich verschiedene Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten.

In Essen-Wesf wurde ein Trupp von SA-Leuten von Kommunisten angegriffen und mehrfach beschossen. Ein SS-Mann erhielt einen Brustschuß.

In Bochum gab es Zusammenstöße zwischen Kommunisten und Nationalsozialisten, wobei ein Nationalsozialist mit einem Messerstich schwer verletzt wurde.

In Wattencheid wurde ein Polizeibeamter von Kommunisten schwer verletzt.

In Herne wurde bei einem Zusammenstoß ein kommunistischer Stadtverordneter schwer verletzt.

In Düren waren Kommunisten Zementplatten in einen Saal, in welchem Nationalsozialisten eine Versammlung abhielten. Die Versammlungsteilnehmer stürzten dann auf die Straße, wo sie angegriffen wurden und wobei es zu einer regelrechten Schlägerei kam. Zahlreiche Personen trugen nur Teil erhebliche Verletzungen davon.

Sechs Jahre schweren Kerkers für Matuschka

Wien, 17. Juni. Der Schöffensenat hat Matuschka wegen öffentlicher Gewalttätigkeit zu sechs Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Einigung im Ruhrbergbau

Berlin, 17. Juni. In der Lohn- und Manteltarifstreitigkeit im Ruhrbergbau haben im Reichsarbeitsministerium nachmals Verhandlungen mit den beiderseitigen Tarifvertragsparteien stattgefunden. Die von Reichsarbeitsminister Schäfer persönlich geleiteten Verhandlungen hatten das Ergebnis, daß die Tarifvertragsparteien die am 30. Mai 1932 gefällten Schiedsprüfung über den Manteltarifvertrag und Lohnvertrag nunmehr annehmen und damit zum Vertrag erhoben haben.

Vertreter der Kriegsbeschädigten beim Reichsarbeitsminister

Berlin, 17. Juni. Am Freitag empfing Reichsarbeitsminister Schäfer die Vertreter der Kriegsbeschädigtenverbände. Dabei betonte der Minister, daß ihm die Angelegenheiten der Kriegsbeschädigten nicht nur Sache des Reichsanwesens und der finanziellen Überlegungen, sondern vor allem auch eine Herzensache seien. Deshalb werde auch unter der neuen Führung des Reichsarbeitsministeriums sein besonderes Interesse den Opfern des Krieges zuwenden. In der Aussprache wurden dann verschiedene Wünsche der Verbände vorgebracht. Zum Schluß erklärte der Reichsarbeitsminister, daß er auf eine gegenseitige vertrauensvolle Zusammenarbeit rechne.

Aus Stadt und Land

Montag, den 18. Juni 1932.

Platzkonzert. Am morgigen Sonntag von 11—12 Uhr gibt die Stadtkapelle auf dem Marktplatz ein Konzert mit auserwähltem Programm: 1. „Hoch Bad'ner Land“, Marsch von E. Dörle; 2. „Fackeltanz Nr. 1“, von G. Meyerbeer; 3. „Geschichten aus dem Wiener Wald“, Walzer von Joh. Strauß; 4. „Angereichte Süde“ aus der Oper „Der Freischütz“, von E. v. Weber; 5. „Im schönen Schwabenland“, Marsch von E. Dörle.

— Versammlungsverbot in Württemberg. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Zur Vermeidung von Zweifeln wird darauf hingewiesen, daß das auf Artikel 123 Abs. 2 der Reichsverfassung gestützte Verbot von Versammlungen unter freiem Himmel (Verordnung des Innenministeriums vom 30. März 1932) von der neuen Verordnung des Reichspräsidenten gegen politische Ausschreitungen nicht berührt wird.

In der Frage des Uniformverbotes verlaute, daß Württemberg nicht beabsichtigt, in ähnlicher Weise wie Bayern und Baden ein Uniformverbot von Landes wegen durchzuführen, sondern daß es vorerst bei der Reichsregelung bleibt.

— Bürgersteuer in Württemberg. Von zuständiger Seite wird mitgeteilt: Gegenüber anderslautenden Nachrichten wird darauf hingewiesen, daß die Bürgersteuer entsprechend den bisher geltenden reichsrechtlichen Bestimmungen auch für das Rechnungsjahr 1932 erhoben wird. Der von der Reichsregierung eine zeitlang erwogene Plan, die Bürgersteuer 1931 zum Zwecke der Entlastung des Sozialietats der Gemeinden mit einem höheren Satz zu erheben, ist in der neuen Notverordnung nicht verwirklicht worden. Stichtag für die Erhebung der Bürgersteuer 1932 ist der 10. Oktober 1932. Soweit nicht noch eine Aenderung eintritt, gelten für die Erhebung der Bürgersteuer 1932 die für das Rechnungsjahr 1931 erlassenen Vorschriften.

Fest-Zeitung. Die Vorbereitungen für das Deutsche Turnfest 1933 schreiten rüstig vorwärts. Auf dem Wagen entsteht eine Großkampfbahn gewaltigen Ausmaßes. Die erste Nummer der Festzeitung, die in fünfzehn Nummern monatlich zur Ausgabe gelangt, ist nun erschienen und wird stets im Turnvereinstafeln am Marktplatz acht Tage ausgestellt. Interessierte Mitglieder können jeweils bei Anmeldung im Umlauf Einsicht von allen Nummern der Festzeitung nehmen.

Ein Auto zu gewinnen! Ein Auto zu gewinnen? — Jawohl, und zwar nur für eine Mark in der großen Kinderheilstätten-Lotterie, die jeden zugunsten der Kinderheilstätte in Wangen im Allgäu spielt. Man soll es nicht für möglich halten, wieviel schöne und praktische Gegenstände bei dieser Lotterie verlost werden. Zunächst ein Auto, ein Schiedmayer-Piano aus Edelholz, ein schweres Motorrad, Nähmaschinen, Fahrräder, Standuhren, Besteck, Teppiche, Sprechapparate, Silberwaren, Uhren, Porzellane, Photoapparate und viele andere wertvolle Sachen. Kein Wunder, daß sich die Kinderheilstätten-Lose allgemeiner Beliebtheit erfreuen; denn wer möchte nicht für den geringen Einsatz von nur R.M. 1.— Gewinner



eines der 4581 Gegenstände sein. Auch verbindet jeder-mann den Kauf eines Loses mit einem guten Werk. Gibt doch die Heilstätte denjenigen Kindern die Gesundheit und damit das Leben wieder, die der Tuberkulose verfallen sind. Wahrlich, es ist eine edle Tat, sich an dem Werk der Kinderrettung zu beteiligen. Ein Teil der Gewinne ist zurzeit im Schaufenster der Firma Louis Schauble, Alten-berg, Rosenstraße 218 ausgestellt. Sehen Sie sich diese Dekoration einmal an. Es lohnt sich bestimmt.

Magold, 17. Juni. Gestern fand hier unter zahlreicher Beteiligung der Magolder Bevölkerung ein S. A. - Appell statt, wobei die Braunhemden wieder zum Vorschein kamen. Dr. Stähle und Sturmbannführer Bägner hielten dabei Ansprachen.

Calw, 17. Juni. (Starkes Auftreten des Junifäfers.) Der Gartenlaubfäher tritt in diesem Jahr teilweise sehr stark auf. Im Volksmund wird er Junifäher genannt. Er schädigt durch Bestressen der Blätter und Venagen der Früchte. In der Hauptsache werden Apfelbäume befallen. Auch Himbeeren, Weiden und viele andere Pflanzen leiden unter dem Fraß. Die wirksamste Bekämpfung besteht im Einsammeln und Vernichten der Käfer. Frühmorgens lassen sich die Käfer sehr leicht von den Bäumen schütteln. Wenn vorher Lächer unter den Bäumen ausgebreitet werden, gestaltet sich das Einsammeln ziemlich mühsel.

Alpirsbach, 18. Juni. (Sparmaßnahmen.) Laut Erlaß des Innenministeriums ist die Einstellung eines Verwaltungsoffizianten für das Rathaus nicht genehmigt. Es wirkt sich nun bei dieser Sache die Frage auf, ob dem leiterigen Kandidaten Hausmann, jetzigem Praktikanten, gekündigt werden soll und ob die Arbeit von dem Bürgermeister und dem Stadtpfleger übernommen werden soll. St. R. Grohe ergreift hierzu das Wort. Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, daß bei Nichtgewährung einer Schreibhilfe es ihm unmöglich sei, den anfallenden Geschäften zu folgen und daß dann eben manches liegen bleiben oder aber auf später verschoben werden müßte, da an Tagen, wo Verhandlungen nötig seien, es ihm unmöglich sei, laufende Verwaltungsgeschäfte zu besorgen. Im übrigen sei die Arbeit auf dem Rathaus dergestalt, daß ohne Schreibhilfe nicht auszu- kommen sei. Bei Nichtgewährung einer Schreibhilfe müsse der Vorsitzende es ablehnen, die Verantwortung zu tragen. Es wird dieser Punkt dann zurückgestellt bis zur Staatsberatung. Diese wird in nächster Sitzung zur Beratung stehen.

Ergenzingen, O. M. Kottenburg, 17. Juni. (Jagd nach einem Sträfling.) Vorgefunden mittag gelang es dem Straßenwart Laver Nisch von hier, auf der Seebronner Straße einen durchgebrannten Straßengefangenen der Landesstrafanstalt Kottenburg festzunehmen. Kurz vor Ergenzingen machte sich der Gefangene los und suchte über das freie Feld das Weite. Straßenwart Nisch nahm sofort mit einigen auf dem Felde arbeitenden Leuten die Verfolgung auf; doch gelang es ihm nicht mehr, des Gefangenen habhaft zu werden.

Gellingen O. M. Ludwigsburg, 17. Juni. (Tödlicher Sturz.) Nachmittags wurde der 75jährige Maurer Wilhelm Fröhlich mit einem schweren Schädelbruch tot auf der Tenne gefunden. Wann der Unfall sich zutrug, ließ sich mit Sicherheit nicht feststellen. Offenbar hat der alte Mann, als er vom Futterboden auf die Leiter übersteigen wollte, eine Sprosse verfehlt und ist abgestürzt.

Heilbronn, 17. Juni. (Ertrinken.) Nachmittags hatte sich die 10jährige Tochter eines hiesigen Drebers am steil abfallenden Redarufer gegenüber der Chemischen Fabrik auf die unterste Stufe einer der zum Wasser führenden Treppen gesetzt, um ein Fußbad zu nehmen. Sie fiel dabei vermutlich infolge Ausrutschens in den Redar, der dort eine Tiefe von 4 Metern hat. Die Leiche ist noch nicht geborgen.

Wilsingen O. M. Münstingen, 17. Juni. (Sägewerk nie-dergebrannt.) Donnerstags Nacht brach in dem Sägewerk des Johannes Brunner Feuer aus, das in kurzer Zeit das Anwesen in Schutt und Asche legte. Maschinen, Einrichtungsgegenstände, Inventar und zum Teil auch Schnittware wurden mit ein Raub der Flammen. Der Brandschaden be- läuft sich auf 40-50 000 RM. Als Brandursache dürfte vor- ausichtlich Selbstentzündung oder Warmlaufen gelten.

Bad Wimpfen, 17. Juni. (Richt Unterjagung.) Die Vorfälle auf dem Wimpfener Rathaus stellen sich nicht als Unterschlagung sondern als Einbruchdiebstahl heraus. Ein bei der Stadt vorübergehend als Wohlfahrtsberwerbs- loser beschäftigter junger Kaufmann namens August Die- roll hat drei städtischen Beamten und Angestellten aus den von diesen verwalteten Porto- und Gebühren- pp. Kassen Geldbeträge durch Einbruchdiebstahl entwendet. Das Die- besgeld wird von dem Vater des jungen Mannes den Be- amten ersetzt.

Lauchheim O. M. Ellwangen, 17. Juni. (Bom M ü h- w e r k e r s a f t.) Am die Mittagsstunde beschäftigte sich der 58jährige Kunstmühlendestiller Ignaz Pfister mit Oelen des Mühlenwerks, als es sich plötzlich selbsttätig Bewegung setzte, den Ahnunglosen erfaßte und tödlich verletzte.

Bom Ries, 17. Juni. (Ausgeraubt und schwer verletzt.) Der 38 Jahre alte Schlosser Wilhelm Ditt- mann von Berlin wurde bei Rain von dem 22 Jahre alten Dienstknecht Ernst Kulkor aus Dettingen, der sich mit Ditt- mann auf der Wanderung befand, von rückwärts überfal- len und zu Boden geschlagen. Dann raubte er dem Schwer- verletzten die Burschenschaft von 10 Mark, obwohl ihm Ditt- mann noch vorher in einer Wirtschaft Bier und Zigaretten bezahlt hatte. Der Täter ist flüchtig gegangen.

Leutkirch, 17. Juni. (Konkurs eines Banke- schäfts.) In der Gläubigerversammlung des Banke- schäfts Bühl und Fischer, erstatete der Konkursverwalter einen eingehenden Bericht über die Entstehung der Zah- lungsunfähigkeit. Der Konkursverwalter stellte eine Ver- teilungsquote von 15 Prozent in Aussicht, vorausgesetzt, daß die Grundstücke zum angelegten Wert verkauft werden kö- nen und die vielen bei den Großbanken bestehenden Wech- selverpflichtungen der Firma erfüllt werden.

Leutkirch, 17. Juni. (Zwangsvorsteigerung.) Bei der am Mittwoch im Rathaus stattgefundenen Zwangsvor- steigerung ging das Cafe Wagner hier an Frl. Uebelhör- Leutkirch zum Preis von 32 000 RM. über. Die gemeinde- rätliche Schätzung betrug 35 900 RM.

Die Enthauptung in Tübingen

Des Mörders Abhieborede

Tübingen, 17. Juni. Heute morgen um 5 Uhr wurde im Hof des Gerichtsgefängnisses in Tübingen der wegen drei- fachen Mordes zum Tode verurteilte Eugen Besle aus Engelsbrand Oberamt Neuenbürg hingerichtet.

Aus Tübingen erhalten wir zur Hinrichtung Besle von einem Augenzeugen noch folgendes Stim- mungsbild, das interessante psychologische Vorgänge schil- dert, die in solchen Fällen selten, ja kaum jemals sich er- eignet haben:

Ueber der Anhöhe des Desterbergs, auf dem unmittel- bar hinter dem Justizgebäude an hervorragender Stelle das Amtsgerichtsgefängnisgebäude auf die Stadt herab- sieht, in dessen Hof die Richtstätte bereitet war, lag ein starker Morgennebel, als sich gegen 5 Uhr früh ca. fünfzig Kartenteilnehmer in schwarzer feierlicher Kleidung mit Zylinder, wie man zu einem Begräbnis geht, versammel- ten. Ueberall Polizei- und Landjägerbeamte zur strengen Abhaltung von Unbesugten und Aufrechterhaltung der Ordnung der zahlreichen Außenstehenden, die wenigstens den „dumpfen Fall“ des Kopfs hören wollten.

Die Blütennatur aus den Gärten grühte in bunt leben- digem Gegenatz auf die schwarze Versammlung herab, be- gleitet vom jubelnden Morgenlied der Vögel, als kurz vor 5 Uhr das Gericht in der Befehung des Schwurgerichts, welches das Todesurteil fällte (Landgerichtsdirektor Nirk, Landgerichtsräte Landenberger und Autenrieth) in der Amtstracht, mit dem Urkundsbeamten Obersekretär Bäuerle und anstelle des inzwischen erkrankten Staats- anwalts Frank Staatsanwalt Dr. Kellmann eintraten. Pünktlich um 5 Uhr wurde der Mörder Besle, leicht unter- stützt von einem Landjägerbeamten in den Hof geführt, er schritt fest, sein bleiches Gesicht wandte sich gleich dem Fall- beil zu — er ging gefast, wie selten ein Mensch in solchem Augenblick, so in sich gefest, daß selbst der Scharfrichter, der schon 42 Jahre lang seinen Dienst versieht, kaum ein- mal eine solche Haltung wahrgenommen habe. Er trat ein mit den Worten „Guten Morgen Herr Richter“, sprach es laut und deutlich. Durch den Obersekretär wurde ihm das Urteil und die Ablehnung seines Gnadengesuchs verlesen.

Dann trat Staatsanwalt Dr. Kellmann vor und redete Besle an: „Eugen Besle, Euer Leben ist verwirkt, ich übergebe Euch dem Richter mit dem Befehl, Euch vom Leben zum Tod zu bringen.“ Darauf hielt Besle laut und weit bis zu den Außenstehenden vernehmbar eine An- sprache, in der er zunächst seinen Dank ausdrückte allen Gerichts- und Gefängnisbeamten für erwiesene Liebe früher und in den letzten Tagen und fuhr fließend fort: „Meine Herren Richter, ich danke Ihnen für das Urteil, ich habe eingesehen, daß es gerecht ist, denn es steht geschrieben, wer Menschenblut vergießt, der Blut soll auch vergossen werden. Ich sterbe ruhig, denn ich habe meinen Heiland gefunden und ich hoffe und bitte ihn, daß er meinen Tod als Sühne für meine Schuld annimmt.“

Darauf sprach der evangelische Geistliche, Stadtpfarrer Haug, der die ganze Nacht zuvor bei dem Mörder in seiner Zelle verweilt, ein kurzes Sterbegerbet des Sinnes, daß der Heiland auch den Schächern am Kreuz verziehen habe und auch ihm verziehen werde. — Darauf bat Besle noch, den Richtern die Hand drücken zu dürfen, was aber unzmög- lich war. Er betrat dann ruhig, nur leicht gestützt von den beiden Gehilfen des Scharfrichters die Tribüne und das Brett, auf das er gebunden wurde, nachdem man ihm die Augen zuvor mit einer Tuchlappe verdeckte. Ohne Schrei, ohne Jucken, ohne jeglichen Widerstand vollzog sich blieses- schnell die Enthauptung, an die der Geistliche noch ein Schlußgebet anreichte.

Gegen die Aufhebung der Umjahnterfeuerzengre

Stuttgart, 17. Juni. Der Vorstand der Württ. Landwirt- schaftskammer hat nachstehenden Antrag beschlossen. Die neue Notverordnung der Reichsregierung enthält eine Bestimmung, wonach die bisherige Umjahnterfeuerzengre von 5000 RM. auf- gehoben wird. Gegen diese Anordnung, die sowohl die kleinere Landwirtschaft wie das Kleingewerbe hart trifft, erhebt die Landwirtschaftskammer mit aller Entschiedenheit Einspruch. Bei der jetzigen Lage der Landwirtschaft kann eine neue Bela- stung unmöglich getragen werden. Wenn für das Vieh nur noch 60 Prozent des Friedenspreises gezahlt werden, und wenn eine Reihe anderer landwirtschaftlicher Produkte weit unter den Vorkriegspreisen stehen, dann kann jetzt zu der schon vorhan- denen übermäßigen Steuer- und Versicherungslast nicht noch eine weitere auferlegt werden. Wir bitten daher die Württ. Staatsregierung, bei der Reichsregierung mit allem Nachdruck gegen die Aufhebung der Umjahnterfeuerzengre Stellung zu neh- men.

Bauernbund und Deutschnationale haben im Landtag einen entsprechenden Antrag eingebracht.

Kleine Anfrage über die Häute- und Fettpreise und die damit zusammenhängenden Viehpreise

Die Abnahme beim Verkauf von Häuten und Fetten, die beim Schlachten von Rindvieh anfallen, ist mit einer Ursache der niederen, verlustbringenden Viehpreise. Das Metzgergewerbe wird in gleicher Weise wie die Landwirtschaft durch den Tiefstand der Häute- und Fettpreise geschädigt. Wir hatten im Jahre 1931 eine Einfuhr von Häuten vom Ausland in Höhe von 1 153 721 Doppelzentner. Diese große Einfuhrmenge ist unnötig, sie verhindert den Absch unierter Häute und eine angemessene Preisbildung.

Während das Leder und alle Lederwaren einen Zollschutz genießen, sind Häute und Felle zollfrei. Beim Schlachten schei- nen sich die billigen Hautpreise nicht auswirken zu wollen. Bei der Bewertung tierischer Fette sind ebenfalls große Schwierig- keiten vorhanden, da die ausländischen Erzeugnisse unieren Fet- ten vorgezogen werden. Es müßte der Fetti verarbeitenden In- dustrie leicht sein, die anfallenden Mengen tierischer Fette auf- zuzunehmen und dem einheimischen Verbrauch zuzuführen.

Wir fragen nun das Staatsministerium:

Sind diese Verhältnisse bei den maßgebenden Stellen der Regierung bekannt? Ist das Staatsministerium bereit, sich mit der Leder- und dachin vorstellig zu werden, daß auch die Einfuhr von Häuten vom Ausland ebenfalls durch Zölle reguliert wird, wie dies beim Leder und den Lederwaren geschieht?

Ist das Staatsministerium bereit, sich mit der Leder- und Fettwarenindustrie ins Benehmen zu setzen, um eine Verwen- dung einheimischer Erzeugnisse zu angemessenen Preisen herbei- zuführen und gegebenenfalls bei der Reichsregierung die Ein- führung eines Verwendungszwangs zu befürworten?
Kollert, Gottlieb Schmid, Augler.

Aus Baden

Krauchenwies i. Hoh., 17. Juni. (400 000 Mark Brandschaden.) Der Brandschaden beim Sägewerk der Firma Etlinger u. Weber wird nach vorläufiger Schätzung auf 400 000 RM. beziffert. Davon entfallen 180 000 RM. auf Schäden an Gebäuden, Maschinen usw. und etwa 220 000 RM. auf Materialien. Das Werk ist bei einer aus- ländischen Versicherungsgesellschaft gut versichert. Ueber die Brandstiftung läßt sich noch nichts näheres mitteilen.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Brandstiftung mit Hilfe eines Jagdhundes

Budapest, 17. Juni. Vor kurzem berichteten wir, wie ein Jun, dessen Federkleid Feuer gefangen hatte, eine Scheuer in Brand steckte. Jetzt wird aus der ehemals ungarischen, jetzt zu Südbulwien gehörenden Stadt Zenta von einer anderen „tie- rischen Brandstiftung“ berichtet. Der riesige Getreidespeicher des Grundbesitzers Dragitsch geriet in Brand, und die Flammen griffen alsbald auf den hundert Meter langen Stall, sowie auf das Wirtschaftsgebäude über. Während der ersten Löscharbeite rannte ein lichterloh brennender Jagdhund wieselnd in das Wirtschaftsmagazin, wo zahlreiche Delfässer aufgestapelt wur- den. Es währte nur wenige Sekunden und die Delfässer waren von einem Flammenmeer umhüllt, das sich mit rasender Schnel- ligkeit ausbreitete und die Brandkatastrophe zu riesigem Aus- maß schürte. Der Schaden beziffert sich auf mehr als eine Mil- lion Dinar. Als man nach der Ursache des Brandes forschte, stellte sich heraus, daß ein bisher unbekanntes Individuum an den Schwanz des Jagdhundes des Grundbesitzers ein in Del ge- träncktes Strahbündel gebunden und angezündet hatte. Das Tier rannte in seiner Qual in den Stall und setzte die dort auf- gestapelten Stroh- und Heumengen in Brand. Vom Stall auf das Feuer auf die übrigen Wirtschaftsgebäude über.

Handel und Verkehr

Vom württembergischen Holzmarkt

Die Holzverwertung schreitet ungewöhnlich langsam voran. In kleinen und kleinsten Posten muß der an sich schon stark gedrosselte Einschlag unter langwierigen Verhandlungen unter- gebracht werden. Nur der Droffselung des Holzschlages ist es zu danken, daß bei der geringen Ausnahmefähigkeit des Mark- tes die Preise nicht noch weiter abgestürzt sind. Am Schnitt- holzmarkt sind, wie der „Waldbote“ berichtet, für einzelne Sor- timente leichte Preisbesserungen zu verzeichnen. Man wird da- raus die Hoffnung schöpfen dürfen, daß im Laufe der Zeit all- mählich wieder mehr Ordnung in das völlig zerfallene Schnitt- warengeschäft kommt. Soweit in den letzten Wochen Abschlüsse in Kadelstammholz möglich waren, bewegten sich die Erlöse für Nichten und Tannen bei gewöhnlicher Beschaffenheit und Ab- fuhrlage: Im Schwarzwald, Mittels-, Nordost- und Unterland zwischen 40 und 45 Prozent, in Oberschwaben und Hohenzollern zwischen 32 und 38 Prozent der Landesgrundpreise. Für Pa- pierholz haben sich in Waldgebieten mit günstiger Abschlage die Verkaufsmöglichkeiten in der Zwischenzeit etwas erweitert. Es wurden Abschlüsse bekannt auf der Grundlage von 40 bis 43 Prozent der Landesgrundpreise. In den übrigen Holzarten waren die Umsätze unbedeutend.

Alpirsbach, 16. Juni. Stadtpfleger Kammel gab die Ergeb- nisse des Langholzverkaufs bekannt. Es wurden Gebote von Th. Ziegler (Mehlingen): für 1 Los Abt. Schneckenbühl 37 Proz., für 1 Los Abt. Frohnwald 18,72 Proz., 35 Proz., und für 1 Los Abt. Wilschade 3,16 Proz., 35 Proz., von Karl Ziegler (Mehlin- gen): für 1 Los Schneckenbühl 123,23 Proz., 37 Prozent. Es wurden aus familiäre Gebote Zuschlag erteilt.

Rechte Nachrichten

„Graf Zeppelin“ nach Holland gestartet

Friedrichshafen, 18. Juni. Das Luftschiff „Graf Zepe- llin“ ist heute früh um 1.05 Uhr zu seiner Fahrt nach Holland gestartet. Um 8 Uhr früh ist eine Landung in Twente (Holland) vorgesehen. Hieran soll sich eine Rund- fahrt über Osnabrück, Bremen, Hamburg, die Westfrieschen Inseln anschließen. Vorgesehen ist eine zweite Lan- dung um 6 Uhr abends in Rotterdam.

Zwei Opfer des Rheins

Düsseldorf, 18. Juni. Unterhalb von Mönchenwerth gerieten gestern nachmittags zwei Herren und eine Dame, die im Rhein Wasserball spielten, plötzlich in die Strömung und versanken in den Fluten. Die Dame konnte gerettet werden, während die beiden Männer ertranken. Die Leiche des einen wurde geborgen.

Ein Zug entgleist — Drei Tote, zwölf Schwerverletzte

Birmingham, 17. Juni. Ein Personenzug entgleiste auf der Strecke Crewe-Birmingham in der Nähe von Staf- ford. Drei Personen wurden getötet und zwölf Fahrgäste schwer verletzt. Sie mußten in ein Krankenhaus gebracht werden. Lokomotivführer und Heizer wurden verhaftet. Schweres Explosionsunglück auf einem englischen Petro- leumdampfer — 23 Tote, 63 Verletzte

Montreal, 17. Juni. An Bord des englischen Petro- leumdampfers „Cymbeline“, der hier auf Trodendock liegt, ereignete sich heute eine schwere Explosion. Bis jetzt sind auf dem Petroleumdampfer „Cymbeline“ zehn Tote ge- borgen worden. Man fürchtet, daß sich im Rieraum des Schiffes noch 13 Leichen befinden. Die Zahl der Verletz- ten beträgt 63.

Zusammenstoß zwischen Polizei und Hamburger Kommu- nisten — Zwei Polizeibeamte schwer verletzt

Hamburg, 17. Juni. Im Stadtteil St. Georg kam es heute abend zu schweren Zusammenstößen zwischen Polizei- beamten und Kommunisten. Die zur Auflösung kommuni- stischer Ansammlungen anrückenden Beamten wurden beschossen. Zwei Beamte trugen schwere Bauch-, Hals- und Rückenverletzungen davon, so daß ihr Leben gefährdet ist. Die Polizei erwiderte das Feuer und nahm 14 Personen fest. Drei Zivilisten, zwei Männer und eine Frau, wur- den verletzt.

Die Deutsche Reichspost

beabsichtigt von Horb über Obertalheim, Haiterbach, Beihingen, Egenhausen nach Altensteig und vom Ziegelhof bis Altheim

Fernleitungsfabel

jeweils entlang der diese Orte untereinander verbindenden Körperschaftsstraßen auszuliegen. Gleichzeitig ist die Auslegung verschiedener jeweils zur Erweiterung und Verlabelung der einzelnen Ortsneue bzw. der Fernsprecheinnehmeranschlüsse notwendiger Anschlussfabel und die besondere Auslegung eines Anschlussfabels von Altensteig nach Spielberg vorgezeichnet.

Im Weiteren ist geplant, in den verschiedenen Orten möglichst auf Gemeindeeigentum Fabelaufführungspunkte bestehend aus jeweils einer Telegraphenstange mit Reiterstienen ausgerüstet zu erstellen. Die Fernleitungsfabel werden in einer Tiefe von 80 cm durchweg mit Bad- oder Spezial-Kabelabdecksteine abgedeckt verlegt, während die Anschlussfabel soweit diese in besonderen Gräben, also nicht im Gleichlauf mit den Fernleitungsfabeln ausgelegt werden nur 70 cm tief und nur innerhalb der Ettergrenzen der einzelnen Ortschaften mit Badsteinen abgedeckt zur Auslegung kommen. Die Planunterlagen liegen sowohl beim Postamt Horb als auch beim Postamt Altensteig auf die Dauer von 4 Wochen zur öffentlichen Einsichtnahme auf.



Weltstimmen

Die prächtige, bilderreiche Monatsschrift, die Sie alle Bewegungen, Äußerungen, Ideen und Fragen des geistigen Lebens miterleben läßt.

Jeden Monat ein Heft zu 80 Pfg.

„Ich bin von den Weltstimmen ehrlich begeistert! Das ist in der Tat aufbauende Literaturbetrachtung, und zwar von solcher Lebendigkeit des Wortes und Bildes, daß kein zweites Land Europas eine ähnlich schöne Publikation aufweisen dürfte.“

Paul A. Angermayer.



Zu beziehen durch die Buchhandlung Lauf in Altensteig

Große Auswahl

Bade-Artikel

für Damen, Herren, Kinder

Bade-Anzüge, Hosen, Schuhe, Mützen
Bademäntel, Tücher, Rollen, Strandmatten, Schwimmgürtel, Wasserbälle

gut und billig.

Chr. Krauss.

Altensteig

Zahlungsbefehle

sind zu haben in der Buchhandlung Lauf in Altensteig und Nagold.

Radfahrer-Verein Altensteig



Am Sonntag
Bezirks-Wanderfahrt

nach Deschelbronn (Bahnrennen). Abfahrt 1/12 Uhr beim Anker.

Der Fahrwart.

LUGER

Es treffen heute frisch ein
Schlangen-Curken
Kopfsalat
frische Tomaten
neue Kartoffeln
Zafel-Äpfel
gelbe Bananen
Kirchen

Ein Quantum Tapeten-Reste

zu äußerst billigen Preisen empfiehlt

A. Kern

Sattler- u. Tapeziergeschäft
Altensteig

Auto-Rundfahrt nach Stuttgart

am Dienstag, den 21. Juni
Abfahrt Altensteig 7.15.
am Donnerstag, 23. Juni
Abfahrt Altensteig 7.45.
Rückfahrt 19.30 Uhr
Hirschbräu. Fahrpreis
RM. 4.50.

Sonntag, 26. Juni

Bodensee-Fahrt nach Friedrichshafen

Fahrpreis RM. 10.—
Anmeldungen nimmt entgegen
Gasthof „Grüner Baum“
Telefon 20.

Danibusverleiher Gebrüder Klumpp, Balersbronn
St. 2233.

Geld

für Ihre Verpflichtungen (zinsfrei) auf bestmöglicher Grundlage mit kurzer Wartezeit einschl. Lebensversicherung ohne besondere Kosten erhalten Sie auf Anfrage unter B. 60 an die Geschäftsstelle ds. Blattes.

Meistern.

Eine gute Milch- u. Fahrkuh

sowie ein Paar schöne Säuer-Schweine

steht dem Verkauf aus Frau Schmid's, Waldhorn
Telefon Amt

Meiner werthen Kundschaft

teile ich mit, daß ich das Geschäft weiterführe.
Um das Lager in verschiedenen Artikeln zu räumen, gebe ich auf fertige Kleider und Mäntel 30 Proz. Rabatt
„ Wollstoffe, Seidenstoffe 20 Proz. Rabatt
„ Gardinen und Gardinenstoffe 20 Proz. Rabatt
„ Damenhemden u. fertige Bettwäsche 20 Proz. Rabatt
Auf alle übrigen Artikel 10 Prozent Rabatt
Ich bitte um zahlreichen Besuch!

Frau Christiane Schmidt

Altensteig Bieß- Kannen

empfiehlt

Franz Müller

Fleischnermeister beim Postamt

Obstgarten

schön gelegen, eventuell im Helle zu kaufen gesucht gegen Barzahlung.

Angebote mit Preis unter Nr. 253 an die Geschäftsstelle dieses Blattes.

Altensteig

Oelker - Konfitüren:

Gem. Früchte 1 Pfd. 40.-
Pflaumen 1 Pfd. 50.-
Apfelgelee mit Himbeer-
geschmack 1 Pfd. 55.-
Aprikosen 1 Pfd. 65.-75.-
Erdbeer 1 Pfd. 75.-
Ferner in 5, 10 u. 25 Pfd.
Eimern.

In 2 Pfd.-Eimern

Pflaumen 95.-
Bierfrucht 1.-
Apfelgelee mit Aprikosen 1.30

Chr. Burghard jr.

Kirchliche Nachrichten.

Evangelischer Gottesdienst
4. Sonntag n. Dr., 19. Juni
Vormittagsgottesdienst um
1/2 10 Uhr mit Predigt über
Apostelgesch. 24 B. 22-26:
Vom Hören zum Gehorchen.
Lied 53, 313.

Nachher Kinder Gottesdienst.
Vormittags 8 Uhr Christen-
lehre mit den Töchtern.
Abends 8 Uhr Gemeinschafts-
stunde.

Am Mittwoch abend um 8 1/2
Uhr Bibelstunde im Luther-
saal.

Methodikengemeinde.

Sonntag, 19. Juni vorm. 9 1/2
Uhr Predigt
Vormittags 10 1/2 Uhr Son-
tagschule.

Nachmittags 2 Uhr Bezirks-
jugendbund in Pfalzgrafen-
weiler.

Abends 8 Uhr Predigt.
Mittwoch, den 22. Juni 1932
abends 8 1/2 Uhr Bibel- u.
Gebetsversammlung.

Katholischer Gottesdienst
Sonntag 8 1/2 Uhr Predigt
und hl. Messe.

Warum denn

in die Ferne
schweifen?!

Bringe meine Sommer-
Terrasse in empfehlende Erinnerung
Bäbler zum „Bahnhof“

Ist Ihr Mostfaß leer?

dann stellen Sie aus Ulmer Mostkondensierten Marke
„Schwabenbräu“ einen Daunkrant her, der nach
Urteil von Sachkennern wie Apfel-
most schmeckt und nur 9 Pfg. das Liter kostet. Seit 25 Jahren
bewährt! Garantie: Geld zurück! Portion zu 100 Liter RM. 8.50.
Wo nicht erhältlich, wende man sich an Mostkondensatenfabrik
Him a. D., Küfergasse 1. Zu haben in Altensteig: Käferei
Hoh untere Stadt; Egenhausen: Käferei Walz; Simmers-
feld: Käferei Dauter.

Aichelberg

Einladung zum Missions-Waldfest

am Sonntag, den 19. Juni,
nachm. 2 Uhr in der Nähe vom
Försterhaus.

Jedermann herzlich willkommen

Gemeinschaft Aichelberg

Sparherd für kleine Familie

mit staunend geringem Verbrauch mit 2 Kochstellen
(Beaträdre und Schiff) billig abzugeben

Robert Luz, Altensteig

Butterbergament-Papier

empfiehlt die

Buchhandlung Lauf, Altensteig.

Altensteig.

Speise- u. Viehsalz

von einem eintreffenden Waggon empfiehlt

J. Wurster Nachf.

Briefhüllen

mit Aufdruck

liefert rasch und billig die
B. Niefer'sche Buchdruckerei

Berneß.

Schönes, 10 Jtr. schweres



Rind

verkauft

Stoll.